



Entwicklungsinitiative: Neue Förderstruktur für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

9. Projektkonferenz
am 8./9.11.2005 in Berlin

Impulsbeitrag AG 1:
„Schule und Berufsausbildungsvorbereitung, Anknüpfungspunkte, Übergänge, Kooperation“
von Regina Mayer, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg



Europäischer Sozialfonds



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Impulsbeitrag zum Thema: Schule und Berufsausbildungsvorbereitung, Anknüpfungspunkte, Übergänge, Kooperation

Situation in Brandenburg

Das Brandenburgische Bildungssystem steht vor einer doppelten Herausforderung. Auf der einen Seite zeichnet sich aufgrund der demografischen Entwicklung ein Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften ab und auf der anderen Seite sinkt das Potential der für ein Studium an einer Universität oder Fachhochschule in Frage kommenden Studenten.

Im Schuljahr 2002/2003 besuchten noch 140.000 Schüler die Sekundarstufe I. Im Schuljahr 2008/2009 werden es nur noch 64.000 Schüler sein. Damit werden von den ehemals 435 Schulen in der Sekundarstufe I (Klasse 7 bis 10) voraussichtlich 207 Schulen aufgelöst werden müssen. Aus diesen Ausführungen wird die allgemeine Problemlage deutlich. Als Reaktion darauf wurde zum Schuljahr 2005/2006 die Schulstruktur in der Sekundarstufe I dahin gehend geändert, dass mit der Einführung der Oberschule als Schule mit zwei Bildungsgängen unter Auflösung aller Gesamtschulen ohne gymnasialer Oberstufe und aller Realschulen die Schulstruktur überschaubarer wurde. Gleichzeitig konnte damit in jeder Region des dünn besiedelten Landes Brandenburg die Grundversorgung für alle Schülerinnen und Schüler sichergestellt werden.

In den kommenden Jahren wird es darum gehen, alle vorhandenen Bildungsreserven zu mobilisieren.

Generell und unabhängig von der demografischen Entwicklung sollen die in den PISA-Studien zu Tage getretenen Mängel des deutschen Bildungssystems behoben werden. Brandenburg hat dazu bereits ein ganzes Set von Maßnahmen ergriffen. Diese umfassen sowohl den Bildungs- als auch den Erziehungsauftrag von Schule. Mit der Einführung der Oberschule wird hierzu ein wesentlicher Beitrag geleistet. Die Oberschule hat die Aufgabe neben einer gesicherten Grundbildung, Stärken und Begabungen der ihr anvertrauten Schülerinnen und Schüler zu fördern sowie Hilfe bei Lernschwierigkeiten zu gewähren. Zu den wesentlichen Zielen zählen daher die Sicherung der Anschlussfähigkeit für nachfolgende Bildungsgänge sowie die Entwicklung und Stärkung der Persönlichkeit. Darüber hinaus soll die Ausbildungsfähigkeit deutlich verbessert und die Berufsorientierung in den Schulen der Sekundarstufe I weiter entwickelt werden. Die Voraussetzungen sind vorhanden.

In jedem Fach- und Lernbereich wird im verbindlichen Bestandteil des Rahmenlehrplans, dem Stufenplan, sowohl Anschlussfähigkeit als auch Berufsorientierung gefordert. In allen Fächern und Lernbereichen wird dabei ein ganzheitlicher Kompetenzansatz verfolgt, in dem die vier Dimensionen schulischen Lernens (Sach-, Methoden-, Personale und Soziale Kompetenz) berücksichtigt werden. Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler mit der Befähigung zum lebenslangen Lernen in Kombination mit einer starken Orientierung auf Praxiserfahrungen stehen daher im Mittelpunkt schulischer Bildung. Die Umsetzung dieser Ziele erfordert eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Lehrkräfte in und zwischen den unterschiedlichen Fachkonferenzen.

Mit einer Konzentration auf ein praxis- und realitätsorientiertes Lernen sowie auf Selbständigkeit und Eigenverantwortung soll auch künftig den aktuellen gesellschaftlichen Erfordernissen Rechnung getragen werden. Dieser erwähnte Lernansatz unterscheidet sich vom tradierten Qualifikationsbegriff, der stärker auf die Vermittlung von Fachkenntnissen als auf selbständige Aneignung von Kompetenzen ausgerichtet ist. Beispielhaft sind hier die

Praxislernprojekte zu erwähnen. Gegenwärtig werden in Brandenburg ca. 5000 Schülerinnen und Schüler praxisorientiert unterrichtet. Ziel ist es, diesen Anteil weiter zu erhöhen.

Qualitätsentwickelnde und qualitätssichernde Maßnahmen stehen auch künftig im Vordergrund. Dazu gehören die durch die KMK beschlossenen Bildungsstandards in den Fächern Mathematik, Deutsch, erste Fremdsprache und der drei naturwissenschaftlichen Fächern, verbindliche diagnostische Tests und Prüfungen am Ende der Jahrgangsstufe 10, an denen alle Schülerinnen und Schüler teilnehmen. Im Mittelpunkt des Erziehungsauftrags von Schule stehen die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule (beispielsweise durch Erziehungsverträge), der Ausbau des sozialen Lernens aber auch die Verbesserung der Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte.

Darüber hinaus gibt es konkrete Angebote zur Vermeidung des Schulabbruchs und damit zur Ermöglichung eines Schulabschlusses zu denen zählen Projekte zur Flexibilisierung der Übergangsphase, das Praxislernen und Produktive Lernen, sowie zahlreiche Kooperationsprojekte zwischen Schule und Jugendhilfe. Diese werden fachlich durch die Landeskooperationsstelle begleitet und beraten.

Der Übergang von Schule in berufliche Ausbildung oder Studium stellt eine gemeinsame Aufgabe von Schule, Wirtschaft oder Hochschuleinrichtungen dar. Zur Erfüllung dieser wurde das Netzwerk „Zukunft Wirtschaft“ gegründet. Mit der Förderung von Kooperationen zwischen einzelnen Schulen, Betrieben und Hochschulen werden verbindliche Möglichkeiten für alle Beteiligten geschaffen, um die Berufs- und Studienorientierung sowie einen guten Kontakt zwischen Ausbildungsstätten und potentiellen Auszubildenden aufzubauen. In Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im „Netzwerk Zukunft“ konnten in den letzten Jahren über 60 Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft angeregt werden, davon eine Vielzahl schriftlich vereinbart. Über 30 Kooperationen entstanden zwischen Schulen und Hochschuleinrichtungen.

Das Ministerium unterstützt als Partner im Netzwerk Zukunft die Gründung und Arbeit verschiedener regionaler Arbeitskreise, die sich für die Förderung der Kooperation zwischen Schulen, Betrieben und Hochschuleinrichtungen einsetzen. Die Zahl solcher Gesprächsrunden ist in Brandenburg kontinuierlich gewachsen. Sie haben die Ausgangsmöglichkeiten für die Zusammenarbeit von Schulen, Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen und -vereinigungen erheblich optimiert und tragen dazu bei, die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.